

Krieg der Welten.

Wissenschaftliche Tagung zur Geschichte des Kalten Krieges, Berlin - 26./27. Februar 2015

Das diplomatische und völkerrechtliche Ende des Kalten Krieges

Markus Meckel

27. Februar 2015

Einleitung

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 regelten die Siegermächte nach der Kapitulation Deutschlands alle notwendig gemeinsam zu verantwortenden Fragen. In den politischen Grundsätzen wurden Regelungen getroffen für die Entnazifizierung, die Demilitarisierung, die Demokratisierung und Dezentralisierung sowie die Reparationsfragen. Zentral war die – bis zu einem abschließenden Friedensvertrag vorläufige - Neuordnung der politischen Verhältnisse im Zentrum Europas: Die Festlegung der Oder-Neisse-Grenze mit der Zuordnung der Ostgebiete unter polnische Verwaltung (den Norden Ostpreußens hatte die Sowjetunion sich schon vorher einverleibt, ebenso den Landgewinn durch den Hitler-Stalin-Pakt von 1939), die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen sowie Aussiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten.

Ein Alliiertes Kontrollrat mit einem Vertreter der drei bzw. später mit Frankreich vier Siegermächte übernahm die gemeinsame Verantwortung der Alliierten „für Berlin und Deutschlands als Ganzes“ und damit die höchste Regierungsgewalt in Deutschland. Diese alliierten Vorbehaltsrechte bestimmten das Besatzungsrecht und schränkten auch nach der Gründung der beiden deutschen Staaten die Souveränität beider Teilstaaten ein. Die Geschichte der alliierten Vorbehaltsrechte über die Pariser Verträge von 1954, die Deutschlandverträge und schließlich den Grundlagenvertrag von 1972 kann hier nicht dargestellt werden. Erst in einem abschließenden Friedensvertrag sollten diese ihr Ende finden, doch an eine solche Einigung war in Zeiten des Kalten Krieges nicht zu denken.

Als im Jahr 1989 im kommunistischen Teil Europas die Verhältnisse ins Schwimmen gerieten und mit dem Fall der Berliner Mauer die Perspektive der deutschen Einheit

zur konkreten Handlungsoption wurde, wurde die notwendige gemeinsame Verantwortung der Alliierten unmittelbar aktuell. Am 11. Dezember 1989 trafen sich die Botschafter der vier Siegermächte auf sowjetischen Wunsch im Gebäude des Alliierten Kontrollrates in Berlin. Dies Treffen löste ein kleines Beben aus – konnte es doch nicht sein, dass Gespräche über die deutsche Frage ohne die Deutschen stattfanden.

Die Konstellation in der letzten Phase des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg war über die Jahrzehnte durchgehend durch den Systemgegensatz geprägt: Die „freie Welt“, der demokratische Westen stand gegen den von der Sowjetunion imperial geprägten Ostblock, deren Staatsform die kommunistische Diktatur war.

Diese Beschreibung spiegelte jedoch nicht die ganze Realität dar. Beide Seiten des Ost-West-Konflikts bemühten sich global um Unterstützung und versuchten weltweit, andere Staaten zu ihren Verbündeten zu machen. Dabei nahmen die USA und der Westen insgesamt dann oft nicht so genau mit ihren deklarierten Werten. Die Liste der Militärregime und autoritären Staaten auf der westlichen Seite ist lang, die Türkei und Griechenland blieben auch als Militärdiktaturen Mitglieder der NATO. Auch brutale Regime wie die Philippinen unter Marcos oder das durch Apartheid bestimmte Südafrika waren feste Bastionen des Westens. Bis heute wirkt dies nach, man schaue nur auf das Image von Ronald Reagans als Held der Freiheit in Ostmitteleuropa und vergleiche es mit Lateinamerika.

Die Sicherheitspolitik beider Seiten war durch ein nuklear unterfüttertes Abschreckungssystem geprägt, durch welches jeder Seite klar war: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter. Gleichzeitig gab es ständige Bemühungen beider Seiten – und den gegenseitigen Verdacht, sich einseitige Vorteile zu verschaffen. So blieb das „Gleichgewicht des Schreckens“ dauerhaft instabil.

Seit Anfang der 70er Jahre und mit dem KSZE-Prozess wurde versucht, die Konfrontation einzudämmen und Regelungen eines modus vivendi zu finden. Schritte zur Rüstungsbegrenzung und schließlich zur Abrüstung standen im Vordergrund,

daneben der Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen. Durch die KSZE-Prinzipien wurden die Nachkriegsgrenzen anerkannt, sie sollten nicht mehr gewaltsam geändert werden dürfen. Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sollte garantiert sein, gleichzeitig bestand man auf dem Prinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ eines Staates.

Nach dem Prinzip VIII: „Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“ sollten alle Staaten in voller Freiheit ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen verfolgen können.

Diese Formulierung sollte dann 1990 eine zentrale Rolle spielen, als es um das Recht des vereinigten Deutschlands ging, selbst über seine Bündniszugehörigkeit zu entscheiden.

Für die Gesellschaften innerhalb des Ostblocks spielte der Korb III eine wichtige Rolle, in welchem es um humanitäre Fragen ging, aber auch um die Einhaltung der Menschenrechte, Kontakte zwischen den Menschen und den Zugang zu Informationen. In verschiedenen Ländern entstanden sog. Helsinki-Gruppen, die sich für Menschenrechte und Demokratisierung einsetzten und sich auf die Schlussakte von Helsinki beriefen.

Das Geflecht der Beziehungen zwischen den beiden Blöcken und den sie repräsentierenden Personen verstärkte sich in den letzten beiden Jahrzehnten des Kalten Krieges immens. Sowohl sicherheitspolitisch wie wirtschaftlich entstand ein engmaschiges Netz der Beziehungen, dessen Tragfähigkeit gleichwohl immer neuer Bemühungen bedurfte.

Eine kaum zu überschätzende Zäsur war die Machtübernahme von Michail Gorbatschow 1985 als Generalsekretär der KPdSU. Während seine Vorgänger die Welt an den Rand des Abgrundes führten und nach innen das doktrinaire Repressionssystem erstarren ließen, erkannte Gorbatschow die Notwendigkeit von Veränderungen, um wirtschaftlich und politisch zu überleben. Gleichzeitig dachte er in globalen Zusammenhängen und nahm auch hier zunehmend die Herausforderungen wahr. Es gelang ihm sogar, Ronald Reagan zu weitreichenden

Abrüstungsschritten und 1987 schließlich zum INF-Vertrag gewinnen, der die Vernichtung aller Mittelstreckenraketen binnen 3 Jahren vorschrieb.

Innenpolitisch begann Gorbatschow mit seinem „Neuen Denken“, durch „Glasnost“ und „Perestroika“ einen weitreichenden Reform- und Demokratisierungsprozess anzustoßen, der innerhalb der KPdSU heftig umstritten war. Auch gegenüber den Satellitenstaaten ließ die Leine länger. Er ermunterte sie zu ebensolchen Reformen – und doch blieb vorerst offen, wie weit man gehen konnte.

Ceausescu in Rumänien war lange im Westen hofiert worden, da er sich mancherlei Vorgaben aus Moskau verschloss. Nun wies er ebenfalls zurück, dem Ruf aus Moskau Richtung Offenheit zu folgen. Er machte Rumänien in einem radikalen Sparkurs schuldenfrei - verschärfte innenpolitisch das Klima und betrieb – nicht zuletzt gegenüber der recht starken und selbstbewussten ungarischen Minderheit - eine zunehmend repressive Politik. Ebenso verweigerten die führenden kommunistischen Parteien in der CSSR und der DDR (auch wenn sie hier anders hieß) aus Angst vor dem eigenen Machtverlust jegliche politische Reformen. Es schien das Motto des Mikadospiels zu herrschen: „Wer sich zuerst bewegt, hat verloren!“

Anders in Polen und Ungarn, aber auch in manchen Republiken der SU wie im Baltikum und auf dem Kaukasus. Hier witterte man Morgenluft und begann, an den Fesseln zu zerren.

In Polen ließ sich die Partei- und Staatsführung, welche wirtschaftlich und politisch keinen anderen Ausweg mehr sah, mit der Billigung Gorbatschows auf einen Dialogprozess mit der noch verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc ein – der „Runde Tisch“ endete mit der Perspektive auf halbfreie Wahlen und führte schließlich mit Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten im Ostblock.

In Ungarn steuerten die Reformkommunisten klar auf Kurs nach Westen, wirtschaftlich wie politisch, und entwickelten dabei vielfältige Kontakte, welche sich 1989/90 als tragfähig erwiesen. Sie unterzeichneten... und bauten im Frühjahr Stacheldraht und Selbstschussanlagen an der Grenze zu Österreich ab. Gleichzeitig weigerten sie sich 1989, DDR-Bürger nach Fluchtversuchen an die DDR auszuliefern. Sie rissen so den ersten Stein aus der Mauer.

In der DDR – und nach dem Mauerfall dann auch in der CSSR – zerbröselte die Macht der herrschenden Partei unter dem Ansturm einer Friedlichen Revolution innerhalb weniger Wochen. Mit der Gründung neuer demokratischer Bewegungen und Parteien sowie Hunderttausenden von Demonstranten auf den Straßen gelang ein friedlicher Übergang zur Demokratie.

Der Mauerfall in Berlin am 9. November 1989 wurde zum Symbol für den Sieg von Freiheit und Demokratie in Ostmitteleuropa, für das Ende der kommunistischen Herrschaft und damit für das Ende des Kalten Krieges.

Gleichzeitig lag mit ihm die deutsche Frage auf dem Tisch. Die in der Friedlichen Revolution erkämpfte Freiheit schlug die Tür zur Deutschen Einheit auf.

Die Stunde der Diplomatie – die Deutsche Einheit und die Zukunft Europas

Der friedliche Sieg von Freiheit und Demokratie aus der Gesellschaft kam für alle in Ost und West überraschend. Man hatte - wenn überhaupt - eher mit einem langsamen, von oben gesteuerten Demokratisierungsprozess gerechnet und war dabei darauf bedacht, die Verhältnisse stabil zu halten.

Es war anders gekommen.

Nun galt es jedoch, die stattgefundenen Veränderungen wieder politisch zu steuern und die Ergebnisse der Umbrüche für die Zukunft zu sichern. Mit der Gestaltung der Deutschen Einheit in Verhandlungen mit den Alliierten und mit der Anerkennung aller Nachbarn mussten Schneisen in eine auf gemeinsamen Werten basierende Zukunft Europas geschlagen werden.

Die Runden Tische in Polen, Ungarn und in der DDR kann man als Dimensionen einer gewissermaßen ausgehandelten Revolution verstehen. So konnte ihr friedlicher Charakter gewahrt werden.

In Deutschland war auf die Einheit keiner vorbereitet. Sehr schnell aber war klar: die Deutsche Einheit muss verhandelt werden, die Bedingungen, unter denen die beiden so unterschiedlichen Gesellschaften zusammengeführt werden, müssen

ausgehandelt werden. Dafür nun war es von grundlegender Bedeutung, dass es eine demokratisch legitimierte Regierung und ein frei gewähltes Parlament gibt.

In der DDR-Bevölkerung wiederum war diese Erkenntnis nicht gerade weit verbreitet, sie war in ihrer Mehrheit darauf aus, so schnell als möglich zur Bundesrepublik Deutschland zu gehören und dadurch Wohlstand und Freiheit zu sichern. Durch die wachsende Ungeduld der DDR-Bevölkerung stand der gesamte Prozess unter einem stets zunehmenden Zeitdruck.

Die innerdeutschen Verhandlungen sind jetzt nicht Thema. Hier stehen die außenpolitischen Aspekte im Vordergrund.

Ich hatte im Oktober 1989 in meiner programmatischen Rede zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR noch von der Notwendigkeit eines Friedensvertrages gesprochen. Bei näherem Hinsehen erwies sich jedoch, dass dies kein angemessener Weg sein konnte. Der Krieg war Jahrzehnte vorbei, die Bundesrepublik Deutschland eine anerkannte Demokratie, deren Gesellschaft sich zur Verantwortung aus ihrer Vergangenheit bekannte und dafür viel Anerkennung erfuhr. Wir in der DDR hatten gerade in einer Revolution die zweite deutsche Diktatur des 20. Jahrhunderts überwunden. Außerdem – erschien es als wenig Erfolg versprechend, das Erlangen der deutschen Einheit von allen ehemaligen Kriegsgegnern und ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Angesichts des wirtschaftlichen Erfolgs der Bundesrepublik bestand auch die Gefahr, dass so manches Land die Frage von Reparationen neu zum Thema macht und die Hand aufhält. Solche Verhandlungen wären kaum händelbar gewesen und hätten Jahre gebraucht. Dies Format hätte dem Ziel einer schnellen Einheit diametral entgegengestanden.

So war die im Februar 1990 am Rande einer sicherheitspolitischen Konferenz in Ottawa vereinbarte Lösung, dass nur die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten die Verhandlungen zur Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte führt, um die volle Souveränität des vereinten Deutschland zu erreichen, ausgesprochen geschickt und zielführend.

Obwohl es bei einigen Ländern Unwillen ob dieser Absprache gab und verschiedene Länder ihre Mitsprache einforderten, wurde schließlich allein Polen Gelegenheit eingeräumt, in der Frage der polnischen Westgrenze an diesen Gesprächen

teilzunehmen. Doch sollte nach Abschluss der Gespräche das Ergebnis im Rahmen der gesamteuropäischen KSZE vorgelegt werden.

Die schwierigste Frage der Verhandlungen war der sicherheitspolitische Status des vereinten Deutschland. Die USA hatten schon früh ihre Unterstützung der deutschen Einheit bekundet, aber die Mitgliedschaft in der NATO zur Bedingung gemacht. Dies entsprach klar ihrer Interessenlage, war doch die NATO das wichtigste transatlantische Band, welches den amerikanischen Einfluss in Europa sicherte. Gleichzeitig war auch für die anderen Staaten Westeuropas eine Sicherheit ohne die USA schlicht undenkbar.

Genau dies aber war für Michail Gorbatschow schwer zu akzeptieren und noch schwerer, den konservativen Kräften in der SU zu vermitteln.